



Herbst 2015

Stachel

www.gruene-cw.de



GEMEINSAM FÜR GEFLÜCHTETE

Liebe Einwohner*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf,

wir danken Ihnen.

Wir sind dankbar für Ihr überwältigendes Engagement für jene Menschen, die aus Not und Elend nach Berlin kommen. Ehrenamtliche Hilfe wird dringend gebraucht, um Geflüchtete zumindest einigermaßen angemessen zu versorgen. Sie helfen privat, als Vereine, Gemeinden und Verbände. Sie organisieren Einsatzpläne und Spendenlisten, Sie dolmetschen vor Ort und unterrichten Deutsch, Sie leisten medizinische Hilfe und sortieren Kleidung, Sie begleiten die Menschen auf Behördengängen, Sie spielen und musizieren mit den Kindern oder bauen Feldbetten und Verpflegungsstationen auf.

Für diese gelebte Solidarität möchten wir Dank sagen. Ihre konkrete Unterstützung kommt den Geflüchteten zugute. Und sie ist auch ein Fanal gegen Rassismus.

Denn den vereinzelten, feigen Schmähbriefen von sogenannten „Asylkritikern“ stehen in Charlottenburg-Wilmersdorf zehntausende Spenden und für jede der bisher 6 Unterkünfte ein großes Netzwerk an freiwilligen Unterstützer*innen gegenüber. Jede Anwohner*innen-Versammlung bezeugt erneut Ihr »Willkommen im Bezirk«. Bundespräsident Gauck hat bei seinem Besuch der Unterkunft im ehemaligen Rathaus Wilmersdorf Ihre Mitmenschlichkeit zurecht als Beispiel gelobt,

„das sich leuchtend darstellt gegenüber dem Dunkeldeutschland, das wir empfinden, wenn wir von Attacken auf Asylbewerberunterkünfte oder gar fremdenfeindlichen Aktionen gegen Menschen hören.“

Dennoch darf Politik sich nicht auf den Rücken von ehrenamtlichen Helfer*innen ausruhen: Es ist und bleibt Aufgabe des Staates und der Verwaltung, für die Unterbringung und Integration sowie für zügige Verfahren zu sorgen.

DIE ZUKUNFT SICHERN

Es sind Krieg und Dürre, Verfolgung und Verzweiflung, die Menschen zu einer gefährlichen Flucht veranlassen. Doch es ist auch Europas historisches Versagen, wenn Kinderleichen an jene Strände gespült werden, mit denen wir Urlaub und Erholung verbinden. Wenn Männer, Frauen

und Kinder in Kühlplastik ersticken. Wenn Menschen ohne Wasser, Nahrung, Medizin durch unsere Länder hetzen. Mit Europa verbinden die Menschen Hoffnung. Hoffnung auf Frieden und ein menschenwürdiges Leben. Wir sehen es als unsere gemeinsame Verantwortung, den Menschen den Schutz zu gewähren, den unser Asylrecht ihnen zusichert.

Soweit sind wir allerdings in Berlin noch nicht. Nach wie vor warten Geflüchtete tagelang vor der Erstaufnahme in Moabit, um endlich Zugang zu einer Unterkunft, zu Verpflegung und medizinischer Versorgung zu bekommen.

Als Bürger*innen fragen Sie zurecht: Wie kann das sein?

In der ehemaligen Landesbank an der Bundesallee wird nun die zentrale Registrierungsstelle eingerichtet. Das ist dringend notwendig, um das Verwaltungschaos einzudämmen. Doch mit einem neuen Gebäude allein ist es nicht getan. Die Verwaltung braucht mehr Personal – auch durch Freistellungen aus anderen Behörden oder durch die Reaktivierung von pensionierten Beamten*innen – und endlich ein durchdachtes Konzept zur Unterbringung und Versorgung. Es muss gelingen, die Versäumnisse der Vergangenheit abzufedern.

Dazu gehört, die Hilfsangebote zu koordinieren:

Viele Einwohner*innen sind bereit, Geflüchtete eine Zeit lang bei sich zu Hause aufzunehmen, Betriebe würden Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das darf nicht länger an bürokratischen Hindernissen scheitern. Wir erwarten vom Berliner Senat, dass er geschlossen alles tut, damit die Integration gelingt.

Viele Geflüchtete werden bleiben. Sie werden arbeiten, ihre Kinder hier Kita, Schule und Ausbildung absolvieren. Als neue Nachbar*innen bereichern sie unsere Gesellschaft.

Wir bitten Sie, die Menschen weiterhin so willkommen zu heißen wie bisher.

Gemeinsam schaffen wir das!



Lisa Paus

LISA PAUS
Bundestagsabgeordnete aus
Charlottenburg-Wilmersdorf, Obfrau im
Finanzausschuss und steuerpolitische
Sprecherin

Bettina Jarasch

BETTINA JARASCH
Landesvorsitzende Bündnis 90/
Die Grünen Berlin, Mitglied im
Bundesvorstand Bündnis 90/ Die
Grünen



Fotos: Erik Marquardt



Ihre Meinung ist uns wichtig!

Wir möchten gerne Ihre Anregungen, Wünsche und Ideen für eine noch grünere Politik in unserem Bezirk mitnehmen.

Dazu finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 3 unseren **Fragebogen**.

Wir Danken Ihnen für's Mitmachen.

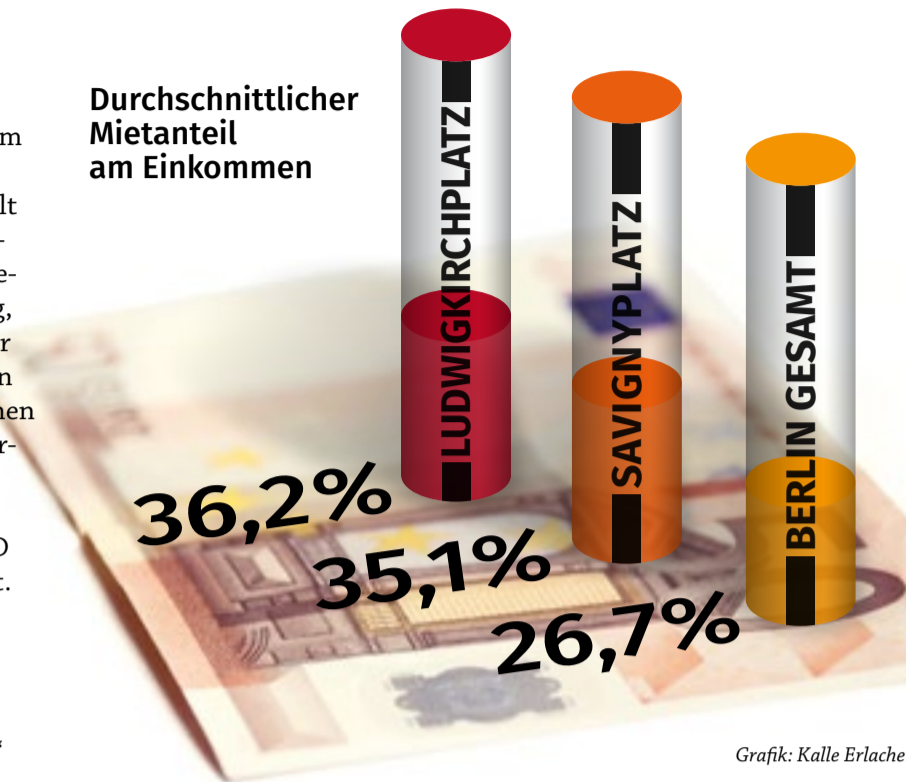
Berlin im Rausch der Immobilienspekulation

Ein ganz besonderes Erbe der Teilung Berlins war bezahlbares Wohnen. Doch seit der Finanzmarktkrise ist Berlin zum bevorzugten Schnäppchen für Immobilienkäufer aus aller Welt geworden. Happige Mietsteigerungen für Wohnungen und Gewerbe, Eigentumsumwandlung, neue Luxuswohnungen und der Abriss älterer Sozialwohnungen prägen die Innenstadt. Menschen mit niedrigem Einkommen werden verdrängt.

Erst spät ist die regierende SPD wohnungspolitisch aufgewacht. Da waren die meisten landeseigenen Grundstücke privatisiert und mit der GEHAG und der GSW 100 000 städtische Wohnungen an ‚Heuschrecken‘ verkauft. Heute muss für neues ‚Soziales Wohnen‘ viel frisches Geld in die Hand genommen werden.

Den jahrelangen grünen Forderungen nach mehr Kündigungsschutz bei Eigentumsumwandlung, nach Erhaltungssatzungen und der Ahndung der umgenutzten Ferienwohnungen folgte der Senat zögerlich und halbherzig. Für die Umsetzung fehlt immer noch das Personal. Immerhin hat der Senat mit den städtischen Wohnungsgesellschaften ein „Mietenbündnis“ für mehr soziale Verantwortung vereinbart.

Durchschnittlicher Mietanteil am Einkommen



Grafik: Kalle Erlacher

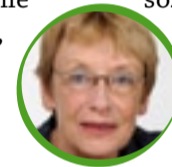
Auch bauen die städtischen Wohnungsunternehmen nun wieder neue Wohnungen. Das sind aber viel zu wenige und die Mieten von 6,50 bis 8,50€ / qm nettokalt werden vielen Haushalten zu hoch sein. Woher bezahlbare Wohnungen für Flüchtlinge kommen sollen, wagt noch niemand zu fragen.

All diese Massnahmen sind wichtig. Aber gegen die anhaltende Spekulationswelle sind sie ein Tropfen auf den heißen Stein. Zumal auch die jährlich zuziehenden 40 000 Menschen

meist preiswerte Wohnungen suchen. Doch neu gebaut werden überwiegend hochpreisige Wohnungen, die viele Menschen weder kaufen noch mieten können. Von den 8000 Wohnungen, die in unserem Bezirk im Bau oder in Planung sind, werden keine 10% für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen zu haben sein. So muss das bezahlbare Berlin, das für sozialen Zusammenhalt und kulturelle Vielfalt in jedem Kiez steht, mehr und mehr dem Profit weichen.

Der Spekulationsdruck ist in allen grossen Städten so massiv, daß selbst Angela Merkel die sogenannte ‚Mietpreisbremse‘ einführen musste. Damit sollen die Mieten bei Neuvermietung maximal 10% über der Mietspiegelmiete liegen. Das Gesetz wird aber von vielen Eigentümern torpediert und gilt leider nur für fünf Jahre.

Da greifen engagierte Bürgerinnen und Bürger zur Selbsthilfe. Die ‚Initiative Mietenvolksentscheid‘ sammelte in kürzester Zeit 40.000 Unterschriften für einen Volksentscheid, der per Gesetz dem Senat mehr Engagement und Geld für soziales Wohnen abverlangt. Sozialwohnungen sollen preiswerter werden, ein Wohnraumförderfonds soll aufgebaut werden, bei städtischen Wohnungen werden Mieterbeiräte eingeführt. Als die SPD sah, dass dieser Volksentscheid großen Zuspruch bekommt, trat sie die Flucht nach vorne an und handelte mit der Initiative ein Gesetz aus, das deren wesentliche Ziele ab 2016 verwirklichen wird. Herzlichen Glückwunsch für die Mieterinitiative! Mehr als alle Parteien hat sie den Senat zu sozialem Handeln getrieben.



Franziska Eichstädt-Bohlig
Mitglied des Kreisvorstandes

Grüne Ideen für die Wirtschaft

Uns Grünen wird leider häufig noch nachgesagt, wir seien eine Partei mit wenig wirtschaftspolitischen Konzepten und Know-How. Diese These lässt sich selbstverständlich schnell widerlegen. Dies zeigt auch ein Beispiel aus unserem Bezirk, bei dem wir in Berlin sogar eine Vorreiterrolle einnehmen.

In Charlottenburg-Wilmersdorf wie in auch in ganz Berlin gibt es viele Geschäftsstraßen mit kleinen und mittelständigen Händlern, die noch nicht von

Handelsketten und Einkaufszentren dominiert sind. Diese Vielfalt ist in vielerlei Hinsicht bedroht und muss unbedingt gefördert werden. Eine Idee, welche die Geschäftsstraßen stärken soll, ist die Immobilien- und Standortgemeinschaft, welche aus Nordamerika stammt und international unter dem Begriff Business Improvement District (BID) bekannt ist. In Deutschland entstand die erste Standortgemeinschaft 2005 in Hamburg. Als erste Fraktion haben wir das Konzept 2013 mit einem

Gesetzesentwurf ins Berliner Parlament gebracht. Erst danach hat auch die Koalition das Thema als wichtig erkannt. Ihr Gesetz wurde dann Ende 2014 verabschiedet und trägt eine grüne Handschrift. Nun erhalten Geschäftsstraßen mit diesem Instrument die Möglichkeit, sich selbst besser zu organisieren und in privater Organisation und Finanzverantwortung Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Situation zu ergreifen.

Wie erwartet nehmen die Geschäftsstraßen dies sehr gut auf. So will z.B. die City AG eine solche Standortgemeinschaft einrichten. Dies scheitert jedoch noch an der überlasteten Verwaltung. Der Senat muss dafür sorgen, dass die Anträge der Geschäftsstraßen schneller bearbeitet werden.



Nicole Ludwig
Mitglied im Abgeordnetenhaus

Der Bundesplatz - Zukunft entsteht

Es tut sich was am Bundesplatz. Die Initiative Bundesplatz hat es geschafft, den Ort aus dem Dornröschenschlaf zu wecken. Sie engagiert sich nicht nur für die Grünpflege des Platzes, sondern entwickelt gemeinsam mit dem Bezirk und Expertise aus Stadtentwicklung und Verkehr Pläne, wie der Platz mehr Aufenthaltsqualität bekommen, die trennende Wirkung der Bundesallee behoben und der Lärm eingedämmt werden kann. Die Grüne Fraktion trägt diese Ziele mit.

Mit Grüner Unterstützung kam es zur Zukunftswerkstatt. Stadtentwickler entdeckten den Bundesplatz für eine menschenfreundliche Stadt. Im Buch „Radialer Städtebau: Abschied von der autogerechten Stadtregion“ wird er als ein Beispiel genannt. Nun wagt die Initiative den nächsten Schritt und hat sich beim Wettbewerb „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beworben. Der Bezirk und die Grüne Fraktion tragen dies mit. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt will diese Bewerbung voranbringen. Dabei könnte sie längst vor Ort handeln und zum Beispiel nicht die Verkehrslenkung Berlin verschieben, um eine zusätzliche Querungsmöglichkeit für Fußgängerinnen und Fuß-

gänger von Mainzer und Tübinger Straße zum Bundesplatz zu lassen würde, ohne das Fußgänger gezählt werden müssen. Die Planungen hat das Bezirksamt bereits abgeschlossen, doch es muss warten. Dann können der Bundesplatz und der ihn umgebende Kiez weiter auf den Weg gehen, Menschen zum Verweilen zu locken. Denn der öffentliche Raum für die

Menschen ist die Urbanität der Zukunft.

Alle Informationen und Termine zum Bundesplatz finden Sie unter folgendem Link: www.initiative-bundesplatz.de



Alexander Kaas Elias
BVV-Fraktion



Fotos: Matthias Oomen



Wir wollen BERLIN zur ZUKUNFTSSTADT machen

Liebe Bürgerinnen und Bürger, in einem Jahr ist in Berlin wieder Wahl. Wir meinen, dass eine der wichtigsten Aufgaben derzeit heißt, das neue Bauen und das Wachstum der Stadt nicht einfach Privat-Investoren zu überlassen sondern mit zu gestalten. Denn es geht um die Zukunft aller hier lebenden Menschen – der bereits hier Wohnenden ebenso wie der neu hinzu Kommenden.



Grüne Zukunftswerkstatt im UCW
Foto: Matthias Oomen

Berlin und unser Bezirk verändern sich derzeit sehr. Das hat gute und schlechte Seiten. Gut ist, dass derzeit mehr Steuern fließen und wieder etwas mehr investiert werden kann. Gut ist auch, dass die City West wieder frischer, jünger und bunter wird. Schlecht ist, dass die Investoren nur Hochpreiswohnungen bauen und dafür schon viele preiswerte Wohnungen abgerissen haben.

besser einstellen. Bezahlbare Wohnungen und eine gute Integration in Schule, Ausbildung und Berufswelt brauchen wir auch für diejenigen, die bei uns bleiben.

Wir meinen: Auch im Wachstum soll Berlin eine lebenswerte Stadt und unser Charlottenburg-Wilmersdorf ein lebendiger und sozial gemischter Bezirk bleiben. Wir wollen nicht einseitig zu einem Bezirk von Wohlhabenden und Zweitwohnungsbesitzern werden. Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen sollen hier ihre bezahlbare Wohnung behalten und finden können. Auch auf die aus aller Welt zu uns Kommenden müssen wir uns

Mitwachsen müssen also auch Schulen, Kitas, Spielplätze und Freizeitangebote. Die Erneuerung von öffentlichen Gebäuden, Straßen und Brücken muss konsequent vorangetrieben werden. Und jeder Neubau muss auch Grün und Freiflächen bieten. Wann werden Berliner Dächer endlich begrünt und für Solar, Gärten, Terrassen und Tischtennis nutzbar?

rang des Autos wurde schon zuviel Raum asphaltiert. Die Frage 'Wem gehört der öffentliche Raum?' wird immer wichtiger. Und bei allen anstehenden Investitionen liegt uns Grünen der Klima- und Umweltschutz besonders am Herzen. Die Sommer werden immer heißer, doch der rot-schwarze Senat ist klimapolitisch nach wie vor blind.

Darüber wollen wir mit Ihnen ins Gespräch kommen. Sie finden dazu hier und auf www.gruene-cw.de einen kleinen Fragebogen. Wir würden gern Ihre Meinung zur bisherigen Bezirkspolitik und Ihre Erwartungen an die nächste Wahlperiode erfahren. Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.

Für die 'Zukunftsstadt' muss unsere abgemagerte Verwaltung dringend neu ertüchtigt und motiviert werden. Damit sie für das Gemeinwohl und die Pflege urbaner Lebensqualität wirklich sorgen kann. Politik und Verwaltung müssen auch lernen, die Bürgerinnen und Bürger ernsthaft in die Stadtgestaltung einzubeziehen.

Herzliche Grüße,
Ihre Bündnis-Grünen in Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Kreisvorstand
Franziska Eichstädt-Bohlig,
Gaby Kutt, Torsten Mahncke,
Christine Rabe, Rainer Rudolph

Was wir nicht brauchen ist wachsender Autoverkehr. Für den Vor-

Schule: Auf dem Weg zur Inklusion

Wir wollen Schulen zu Orten zu machen, in denen die Gemeinsamkeit der Verschiedenen ermöglicht wird und diese Verschiedenheit ein Gewinn für alle ist. Grüne Bildungspolitik folgt der Leitidee, dass Schule auf SchülerInnen entsprechend ihrem jeweiligen Entwicklungsstand flexibel eingeht. Hierfür braucht es Zeit. Und Ressourcen. Dies gilt besonders für die Inklusion. Wir wollen die Weiterentwicklung zu einem inklusiven Bildungssystem jedoch nicht als „Hauruck-Aktion“, sondern gut durchdacht und ausreichend finanziert.

us-Schule besonders autistischer Kinder an. Die Reinhold-Otto-Schule hat sich das Profil Schwerpunktschule Inklusion gegeben.

und Unterstützungszentrum, so der offizielle Name, bietet unter einem Dach schulpsychologische Beratung und Informationen zur inklusiven Pädagogik an. Eine Anlaufstelle für Eltern und Lehrer also und es soll als Modell für alle Berliner Bezirke dienen.

Inklusion unter Einbindung aller richtig ist und gelingen kann. Gemeinsames Lernen und gemeinsames Aufwachsen erzeugen eine hohe soziale Kompetenz bei unseren Kindern.

Modell SIBUZ

Im Juni 2015 eröffnete im Eichkamp das SIBUZ. Das Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs-

Wir Grüne sind davon überzeugt, dass der Weg zur



Dr. Petra Vandrey
BVV-Fraktion,
Fraktionsvorsitzende

Kein Kind wird zurückgelassen

Der Weg zur Inklusion ist ein längerer Prozess – und wir sind schon mittendrin. Viele Schulen haben sich dazu in den letzten Jahren trotz knapper Kassen auf den Weg gemacht. Sie haben sich von einer Unterrichtsgestaltung verabschiedet, in der alle Kinder im gleichem Tempo gleiche Ergebnisse abliefern müssen. Förderzentren, in denen Kinder mit Beeinträchtigungen gesondert unterrichtet werden, laufen nach und nach aus. Die Kinder werden an Regelschulen aufgenommen, die nun wirklich die Regel ist.

3 Fragen an: Ansgar Gusy

Stachel: Bürgerbeteiligung heißt....

Ansgar: ...für mich schon bei der Planung daran zu denken, wie die BürgerInnen beteiligt werden sollen. Dafür sind Zeit in den Verfahrensabläufen aber auch Finanzen bei der Mittelplanung zwingend bereitzustellen. Nicht zuletzt braucht es know-how, also Fachleute, die den Prozess planen und durchführen. Das alles muss zum Beginn, also schon bei der Idee mitgedacht werden. Doch von dieser Idealvorstellung sind wir noch weit entfernt.

wie etwa dem Schoelerschloßchen werden plötzlich mitten im Verfahren die BürgerInnen um ihre Meinung gebeten. Das führt zwangsläufig zu Kontroversen. Ein anderes Problem: Die Ressorts planen einzeln und für sich die Beteiligung. Aber es gibt gute Ansätze: Zum Beispiel das Parkpflegewerk für den Lietzensee. Obwohl solche Werke in der Regel ohne die ParknutzerInnen gemacht werden, sind die Aktiven vor Ort gut eingebunden und die AnwohnerInnen informiert. So können alle Meinungen einfließen.

ke beteiligen. Das Ganze sieht schick aus und hört sich toll an. Aber was fehlt, wie leider immer? Die Bezirke haben einfach keine MitarbeiterInnen, um die Verfahren einzustellen oder Fragen zu bearbeiten. Ich habe auch noch nichts davon gehört, dass der Senat diese Fachleute hat. Und auch ist mir nicht bekannt, das für Veranstaltungen etwa mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Mein Fazit: Ein Internetauftritt allein reicht nicht aus, Beteiligung ist wesentlich umfassender und verlangt einfach auch ein Dasein vor Ort.

Stachel: Nicht einfach. Was läuft schief?

Ansgar: Es mangelt einfach am Geld und am Personal, um eine wirklich nahe Bürgerbeteiligung durchzuführen. Bei Bauvorhaben ist die Beteiligung sehr formalisiert. Bei anderen Planungen

Stachel: Was passiert aktuell?

Ansgar: Der Senat will wohl in diesem Jahr ein Beteiligungstool vorstellen mit dem Namen „Mein Berlin“. Da kann sich dann jeder im Internet an den Verfahren des Landes und der Bezirk-



Ansgar Gusy
BVV-Fraktion, Sprecher für Bürgerbeteiligung

WIR FRAGEN SIE

Herzensangelegenheiten für den Bezirk
Uns Bündnis-Grünen ist besonders wichtig, den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu erhalten. Wohnen und Leben in Charlottenburg-Wilmersdorf müssen bezahlbar bleiben. Wir finden, dass der neue Wohnungsbau mit guten Kitas und Schulen einhergehen sollte, mit mehr Grün, Spiel und Sport und mit mehr Fahrradverkehr – für den Erhalt unserer Lebensqualität im Kiez.

Was ist Ihre Herzensangelegenheit für die Zukunft unseres Bezirkes?

Ein Blick zurück auf die Bezirkspolitik der letzten Jahre
Auf Amtstermine Wochen warten, auf Kita-Plätze Monate? Die Sparpolitik ließ die Bezirke in den letzten Jahren zu stark aushungern. Die Verwaltung neu zu stärken und Investitionen in Schulen und Kitas, in Straßen und Brücken, in Klima und Umweltschutz voranzutreiben, ist mehr als überfällig.

Wie bewerten Sie die Bezirkspolitik der letzten Jahre?

Mein Kiez. Meine Sorgen. Meine Wünsche.
Welche konkreten Sorgen und Wünsche haben Sie in Ihrem Kiez?

Was möchten Sie uns Bündnis-Grünen mit auf den Weg geben?

Vor Ort: Medizin hilft Flüchtlingen

Mit unserem spontan entstandenen Zusammenschluss - medizin-hilft-fluechtlingen - bin ich seit Anfang des Jahres in Notunterkünften mit einer Art Sprechstunde tätig, was jetzt auch in Containerdörfern angeboten werden soll. Wir waren am LaGeSo in Moabit und in der neuen Notunterkunft im Rathaus Wilmersdorf. Gerade jetzt erwarten wir Züge mit Flüchtlingen aus Ungarn am Hauptbahnhof.

Eigentlich hat jede und jeder in Deutschland Anspruch auf medizinische Hilfe.

Klingt einfach, ist aber kompliziert: Für Asylsuchende etwa besteht nur eine beschränkte Gewährung von Leistungen: Es sollen vorrangig nur akute Gesundheitsstörungen behandelt werden. Aber wie sieht die Realität in Berlin aus?

Bis zur Registrierung können Geflüchtete sich nur von freiwillig tätigen medizinischen Personal versorgen lassen. Auch nach der Registrierung erhalten nur diejenigen, die tatsächlich in Berlin bleiben, einen sogenannten „Grünen Schein“, eine Art

Krankenschein. Eine Chipkarte, wie alle anderen Versicherten, haben bisher nur Hamburg und Bremen eingeführt. Aber das ist die entscheidende Voraussetzung für eine einfache und umfassende medizinische Versorgung.

Und in der Praxis gibt es teilweise kaum haltbare medizinische Verhältnisse. Ehrenamtliche ÄrztInnen haben spontan mehrere Impfkampagnen durchgeführt, um einer Masernepidemie schnell entgegenzutreten. Die Notunterkünfte, Hallen ohne Privatsphäre, ungeschützt, sind dicht belegt. Wöchentlich nahmen ehrenamtliche Teams in den Unterkünften eine Lotsenfunktion im Gesundheitswesen ein.

Seit Juli diesen Jahres wurden die gesundheitlichen Probleme vor der Registrierungsstelle in Moabit immer größer. Tagelang mussten sich die zu uns Geflohenen, viele Familien mit

Kleinkindern, unter mangelnder medizinischer Versorgung auf dem Gelände aufhalten, um sich registrieren zu lassen. Hier wurde das Versagen der Behörden besonders deutlich: Weder der zuständige Senator, noch das LaGeSo, der Bezirk, noch die Kassenärztliche Vereinigung oder die Ärztekammer vermochten eine Minimalversorgung für die Kranken, insbesondere für die Kleinkinder, Neugeborenen und Schwangeren zu organisieren.

"Moabit hilft" ging da andere Wege: Sie bauten mit hohem ehrenamtlichen Engagement eine Basisversorgung auf. Dank

Ärzten, Pflegekräften und Hebammen, und dank zahlreicher Medikamenten- und Geldspenden. Miserable hygienische Bedingungen in Zelten ohne Böden gehörten Dank der Caritas, die Räume zur Verfügung stellte, der Vergangenheit an.

Besonders beeindruckt hat mich der hohe Einsatzwille der Kinderärztinnen und das Engagement des Hebammenverbandes.

Diese medizinische Hilfe stellt nicht nur eine Notwendigkeit dar, sondern sie ist auch eine Form der Zuwendung und Unterstützung, die wir einfach jedem Menschen schulden.

Klaus Burghard



1 Boote bei der Ankunft:

Bevor die Flüchtenden über die Balkanroute Zuflucht in Zentraleuropa suchen, kommen sie mit kleinen Schlauchbooten aus der Türkei und landen auf einer griechischen Insel. Der Preis für die Fahrt liegt momentan bei 1000 Euro pro Person. Die Boote sind völlig überfüllt. Oft sind auch Säuglinge auf den Booten. Auf der Überfahrt fürchten die Flüchtenden sich vor der Küstenwache, die ihnen regelmäßig auf hoher See die Motoren wegnimmt. Es gab auch Berichte von Einsätzen, bei denen die Flüchtenden all ihr Bargeld und die Handys an die Küstenwache übergeben mussten. Nach der Ankunft haben die Geflüchteten oft einen langen Fußmarsch vor sich, da sie keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzen dürfen und der Registrierungsort circa 60 km weit entfernt ist.

Die Bilder 1 bis 3 sind von Erik Marquardt, dem Sprecher der Grünen Jugend. Erik war im August auf der Balkanroute unterwegs und hat uns die Bilder und Beschreibungen mitgebracht. Auf Seite 1 seht ihr Erik, wie er ein Kind trägt, um der Mutter auf ihrem Weg zu helfen. Mehr von Erik: www.demotix.com/

Flüchtlingspolitik

Retten statt Rüsten

Im Mai dieses Jahres war ich als stellvertretende Vorsitzende mit der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe auf Lampedusa und Sizilien. Auf hoher See erklärten uns italienische Militärs, dass durch die Operation Mare Sicuro in den letzten Monaten 30.000 Flüchtlinge gerettet wurden. Leider wurde auch klar: Es droht eine Militarisierung der Flüchtlingspolitik.

Helikopter brachten uns von Lampedusa zu einem der fünf

italienischen Militärschiffe, die das Programm Mare Sicuro durchführen. Admiral Pierpaolo Ribuffo erklärte uns die Taktik: Die Schiffe kreuzen vor der libyschen Küste und versuchen die Flüchtlinge aufzunehmen, bevor sie aufs offene Meer gelangen. Doch das Einsatzgebiet ist halb so groß wie die Fläche Deutschlands und es sind nur fünf Schiffe im Rettungseinsatz. Immer wieder können Flüchtlingsboote nicht gerettet werden. Das Mittelmeer ist die gefährlichste Flüchtlingsroute der Welt.

30.000 Flüchtlinge konnte Mare Sicuro in den letzten Monaten retten. Es ist das Nachfolgeprogramm von Mare Nostrum, das die italienische Regierung in eigener Initiative durchgeführt hat. Auch wenn Seenotrettung eine grundsätzliche Pflicht ist – ich finde es hoch zu schätzen, dass Italien diese Missionen durchgeführt hat. So konnten die weniger betroffenen EU-Länder nicht länger die Augen vor der Katastrophe verschließen, die sich im Mittelmeer abspielt.

libyschen Hafens Zuwara. Ein Drittel der Schiffe dort hielt er für Schleuserboote.

Wir Grüne halten solch eine letztlich allein gegen Flüchtlinge gerichtete Strategie für falsch und brandgefährlich. Es war erfreulich zu sehen, dass dies meine KollegInnen aus den anderen Fraktionen ähnlich sahen. Der Versuch, Flüchtende mit Waffen aufzuhalten zu wollen ist zum Scheitern verurteilt, solange die Fluchtursachen – Krieg und Gewalt – in den Heimatländern der Menschen fortbestehen. Militärmissionen zur Zerstörung der Boote treiben Flüchtlinge in immer gefährlichere Fluchtwege mit immer unsichereren Booten. Damit verschlimmern sie die humanitäre Situation, statt sie zu lindern.

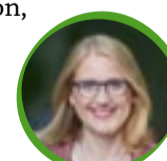
Darauf läuft es aber momentan hinaus. Das gemeinsame EU- und NATO-Programm European Union Na-

val Force Mediterrean sieht sogar Angriffe auf libyschen Boden vor – mit Kampfflugzeugen und Drohnen. Ziele sind dann nicht nur Boote, sondern auch Hafenanlagen und Lebensmitteldépos. Für solch eine Operation ist ein UN-Mandat nötig! Zu unserem Schrecken mussten wir deutschen Parlamentarier in Rom erfahren, dass sich Italien um solch ein Mandat bemüht.

Für mich ist klar: Die zentrale Lösung, die Fluchtwellen über das Mittelmeer zu stoppen sind legale Flüchtlingswege – nur so wird den Schleppern die Geschäftsgrundlage entzogen. Gegen eine Militarisierung der Flüchtlingspolitik müssen wir auf allen politischen Ebenen angehen.

Umso besorgter bin ich von der Entwicklung, die sich jetzt abzeichnet. Denn Schritt für Schritt wird

aus dem Programm Mare Sicuro eine militärische Mission mit dem Ziel, die Strukturen der Schlepper zu zerstören. Sie sollen verhaftet und ihre Boote zerstört werden. Der Einsatzleiter zeigte uns Luftaufnahmen des



Lisa Paus, MdB

Auf Rettungseinsatz

Ein Schiff von Mare Sicuro – Sicheres Meer – rettet Flüchtende. Wie lange noch? Foto: Lisa Paus



Deutschlands Europapolitik: Wollen wir aufhalten, verwalten oder gestalten?

Zur Polemik bietet die deutsche Europapolitik derzeit wahrlich viel Anlass. Man kann geißeln, dass die CDU/CSU gleich drei verschiedene Europapolitiken hat: eine von Merkel, eine von Schäuble, eine von Seehofer. Man kann gerne auch ironisieren, dass die SPD gar keine hat oder Gabriel jede Woche eine andere - was auf das Gleiche hinausläuft. Man kann sich über die Linkspartei lustig machen, die gar nicht mehr weiß, wohin. Am gleichen Tag mal für den Euro sein - wie etwa Riexinger und Gysi - oder dagegen, wie Wagenknecht. Man kann auch, wenn man will, beklagen, dass es in der Grünen Bundestagsfraktion bei den letzten zwei Griechenlandabstimmungen jeweils Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und Enthaltungen gegeben hat.

Doch das alles bringt nichts. Es zeigt schließlich nur das Erwartbare: Nämlich das angesichts der großen Unübersichtlichkeit die Europas Lage prägt, alle politi-



schen Lager Schwierigkeiten haben, eine kohärente Orientierung anzubieten.

Nur eine politische Adresse weiß genau, was sie will:

Die Chauvinisten und Deutsch-Nationalen wollen das europäische Projekt abwickeln. Und den Humanismus gleich mit. Doch sie sind erfreulicherweise in Deutschland weniger stark als bei etlichen unserer Nachbarn. Und sie sind durch die Spaltung dieser unsäglichen AfD - die kann man nur als Alfa und Omega bezeichnen, wenn man freundlich sein will - zusätzlich geschwächt.

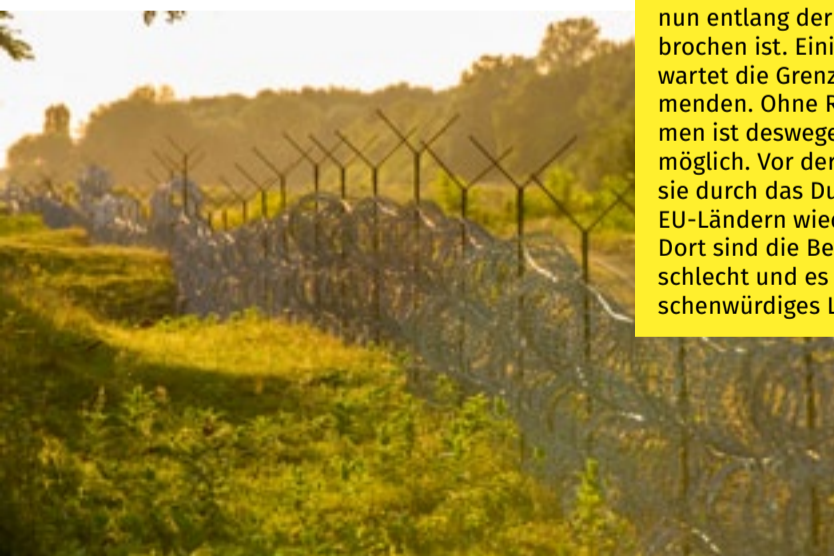
Europäische Herausforderungen

Ich sehe vor allem drei Herausforderungen auf die deutsche Europapolitik zukommen:

1. Unsere Fähigkeit mit vielfältigen Krisen gleichzeitig zurecht zu kommen, wird strapaziert werden. Griechenland; weltweit verflochtene Wirtschaftskrisen; Ukraine; Flüchtlinge; zunehmende klimabedingte Unwetter; TTIP-Konflikt; ISIS - die Liste ließe sich mühelos verlängern. Kein einziges Thema dieser Liste wird sich in ab-

2 Kinder auf der Flucht:

Nach der Überquerung der makedonischen Grenze am Grenzort Gevgelija, mussten die Flüchtenden oft tagelang warten, bis sie eines der begehrten Zugtickets in den Norden von Mazedonien bekamen, um weiter nach Serbien zu fliehen. Die Situation am Grenzbahnhof war dadurch katastrophal. Die Menschen mussten unter freiem Himmel am Bahnhof schlafen, die hygienischen Bedingungen erfüllten keinerlei Standards. Es gab kaum Toiletten, keine Duschen und keine Essensversorgung. An dem Bahnhof kam es zudem regelmäßig zu Übergriffen der Polizei, die auch versucht hat die Berichterstattung zu verhindern. Inzwischen wurde eine gesonderte Sammelstelle und Sonderbuslinien für die Flüchtenden eingerichtet, wodurch sich die Wartezeit stark verkürzt hat.



3 Der ungarische Grenzzaun:

Der 175 Kilometer lange Zaun ist Ende August fertig gestellt worden. Damit wird die Flucht nach Ungarn deutlich erschwert. Viele Flüchtende betreten Ungarn nun entlang der Bahngleise, an denen der Zaun unterbrochen ist. Einige hundert Meter hinter der Grenze wartet die Grenzpolizei bereits und stoppt die Ankommenden. Ohne Registrierung durch Ungarn zu kommen ist deswegen momentan fast nur mit Schleppern möglich. Vor der Registrierung haben viele Angst, weil sie durch das Dublin-Abkommen dann aus anderen EU-Ländern wieder nach Ungarn abgeschoben werden. Dort sind die Bedingungen für Geflüchtete aber sehr schlecht und es gibt kaum Perspektiven auf ein menschenwürdiges Leben.

Vor Ort: Bücher für alle

Jeder Fachausschuss beschäftigt sich derzeit intensiv mit den Haushaltsberatungen. Im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung hatten wir Gelegenheit, der zuständigen Stadträtin und den AbteilungsleiterInnen Fragen zum Haushaltsentwurf 2016/17 zu stellen. Wie in anderen Bereichen auch, war die strukturelle personelle Unterbesetzung der Verwaltung das bestimmende Thema. So zeichnet sich unser Bezirk zwar damit aus, die meisten Sprachkurse für Flüchtlinge in Berlin anzubieten. Die vorhandenen Stellen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Und um die zwei frei zu verteilenden Stellen, die aus SIWA-Mitteln

(Sonderinvestitionen „wachsende Stadt“) finanziert werden können, ist unter den Fachabteilungen ein heftiges Tauziehen entstanden.

Die grüne Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass Stellenanteile dem Flüchtlingssprachunterricht zugute kommen. Auf die Flüchtlingsthematik reagiert haben auch die bezirklichen Bibliotheken. Hier sorgt eine berlinweite Sonderregelung dafür, dass Bücher auch ohne die Angabe eines festen Wohnsitzes an Geflüchtete ausgeliehen werden können. Dass das nur ein Anfang sein kann, ist klar. Es muss dringend nachgesteuert werden. Wir brauchen spezielle Angebote und Medien für Kinder und Erwachsene.

Dazu brauchen insbesondere die Bibliotheken in unserem Bezirk eine Aufstockung des Medienbestands, also weiterer Mittel zur Anschaffung etwa von Büchern, CDs und zur Aktualisierung der Bestände. Ein wichtiger Baustein ist immerhin gesetzt: Die Leitungsstelle unserer bezirklichen Bibliotheken ist endlich ausgeschrieben.

In der Neubesetzung sehe ich die Chance auf bessere Strukturen und Verzahnung mit landesfinanzierten Angeboten, um eine positive Entwicklung zu befördern.



Dr. Zitha Pöthe
BVV-Fraktion

über Griechenland. Und für die Politiken gegenüber dem Westbalkan, den Umgang mit fossilen Energieträgern und nicht zuletzt für die deutsche Exportüberschuss-Strategie, die der Gemeinschaft massiv schadet.

Die Situation der EU ist unlängst so beschrieben worden: Zurück, also heraus aus dem europäischen Einigungsprojekt, will niemand - außer Camerons Tories vielleicht, aber das bezweifle ich. Richtig nach vorne gehen und Europas Zusammenhalt mutig vertiefen - das traut sich niemand. Der Status Quo ist aber schon auf kurze Sicht unhaltbar! Was bleibt?

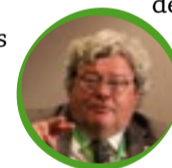
Europa Gestalten statt Verwalten - mit Mut!

Das erste würde die alte Büchse der Pandora, gefüllt mit nationalistischem Gegeneinander, das Europa jahrhundertlang prägte, neu öffnen. Das zweite geht nicht, auch deshalb, weil die große Mehrheit der Bevölkerung die politisch vorherrschende Allianz von Bürokraten und Lobbyisten nicht mehr akzeptiert, sondern fundamentale Veränderung verlangt.

Es bleibt nur das Gestalten, frei nach dem verzweifelt fröhlichen Motto: Du hast keine Chance, aber nutze sie. Antonio Gramsci würde das wahrscheinlich optimistischer formulieren und vom „Optimismus des Willens“ reden.

Was werden wir Grüne tun? Lamentierend am Rand stehen? Dem offenkundigen Veränderungsdrang aus Sorge um die trügerischer Sicherheit des Status Quo in den Weg treten? Oder die Veränderung anführen?

Wir werden uns schnell entscheiden müssen!



Reinhard Bütikofer, MdEP
Ko-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei

Stachel wird herausgegeben von Bündnis 90/Die Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf

Redaktion:
Franziska Eichstädt-Bohlig (Vorstand), Oliver Münchhoff (CvD, V.i.S.d.P.), Christoph Wapler (Fraktion)

Layout und Grafik: Kalle Erlacher
Druck: Henke; Aufl. 3000

Redaktionsanschrift:
Wilmersdorfer Strasse 60/61,
10627 Berlin

Der Essbare Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf



uns ernährt, wie es wächst und wie es geerntet wird. Das ist oft nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene Neuland.

Ein für alle nutzbarer Garten

In unserem Bezirk sind in den letzten Jahren einige Beispiele für Urban Gardening-Projekte entstanden, nicht zuletzt bei der Baumscheibenbegrünung. Auch in Parks bewirtschaftet das Bezirksamt teilweise Obstbäume. Doch andere Städte sind schon weiter und wandeln ihren gesamten öffentlichen Raum in einen für alle nutzbaren Garten um. So läuft in der Stadt Andernach seit 2010 das Projekt „Essbare Stadt“. Dort werden vermehrt essbare Pflanzen wie Beerensträucher, Obstbäume, Tomaten und Bohnen gepflanzt. Dadurch wird nicht nur die Biodiversität

Die Bevölkerung wächst, es wird mehr und mehr gebaut. Je dichter die Stadt, desto größer das Bedürfnis nach Grün und Natur. Gleichzeitig spielt auch eine zunehmende Sensibilisierung für Ernährung eine wichtige Rolle. Je stärker wir uns von der Natur entfernen, desto genauer möchten wir wissen, was bei uns auf den Tisch kommt. Aber nicht jeder kann sich einen Garten leisten. Deshalb wird es eine Herausforderung sein, in Ballungsräumen zu erleben, woher das Obst und Gemüse kommt, das

zurück in die Stadt geholt. Die Bürger und Bürgerinnen haben zudem die Möglichkeit, Obst und Gemüse kostenlos zu pflücken.

Bald erste Pilotprojekte?

Die Idee hat mich begeistert. Angesichts der knappen Ressourcen sind wir bei der Umsetzung des Essbaren Bezirks in Charlottenburg-Wilmersdorf jedoch

verstärkt auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen. Mit einem Antrag in der BVV haben wir Grünen deshalb das Bezirksamt aufgefordert, mit interessierten Bürgern und Bürgerinnen in Zusammenarbeit mit Fachleuten ein Konzept für den kleinteiligen Obst- und Gemüseanbau zu entwickeln und dafür in der Folge auch Flächen zur Verfügung zu stellen. Ein

Auftakt-Workshop findet Ende September statt. Bereits jetzt hat das Projekt große Resonanz gefunden. Wann gibt es das erste Pilotprojekt? Die grüne Stadtteilgruppe Momo aus Schmargendorf ist schon dran!



Jenny Wieland
BVV-Fraktion

Oeynhausen:

Bürgerentscheid umsetzen!

Das Grünflächenareal der Kleingartenkolonie Oeynhausen in Schmargendorf ist das bezirkspolitische Dauerthema dieser Wahlperiode. Hier geht es um Millionen und um die Behauptung der politischen Eigenständigkeit des Bezirks gegenüber den Begehrlichkeiten eines Investors. Diese Grünfläche, da ist sich die Bezirkspolitik seit 30 Jahren in Sonntagsreden einig, muss erhalten bleiben. Die Wählerinnen und Wähler schalteten sich direkt ein, indem sie im Mai 2014 mit 77,02 % der abgegeben Stimmen den Erhalt der Grünen Lunge Schmargendorfs forderten. Und dennoch: Durch jahrzehntelanges Rumlavieren ist die Bezirkspolitik in die Rolle des Davids gerutscht – David gegenüber einem zum Goliath erwachsenen Grundstückseigentümer. Der Grundstückseigentümer ist seit 2008 nicht mehr die gemütliche Deutsche Post – sondern per Schnäppchenkauf in Höhe von 600.000 € der aggressive Hedgefonds Lone Star/Lorac aus Texas/Luxemburg. Und der heizt der Bezirkspolitik seit 2008 so richtig ein: Für das zum Grünflächenpreis erworbene Grundstück fordert er die Wiederbelebung des vor Jahrzehnten untergegangenen Baurechts, um so eine 6000%-Rendite einzufahren. Sie drohen: Wenn ihr uns nicht bauen lasst, dann verklagen wir Euch auf bis zu 50 Millionen Euro.

Der Streit ist bis jetzt offen

Im Dezember 2014 gab es einen Beschluss des Bundesverfas-

sungsgerichts, welcher den Gemeinden bei der Abwehr solcher Millionenforderungen entscheidend den Rücken stärkt. Gut also, dass bis zu dieser Klärung der Kraftverhältnisse der Streit offengehalten werden konnte. Die BVV beschloss mit Grüner Unterstützung in diesem Juli: Der Grünflächenplan soll endlich festgesetzt werden. Das Bezirksamt ist aktuell beauftragt, die entsprechende Plan-Vorlage

der BVV zur Beschlussfassung vorzulegen. Wir Bezirksgrüne wollen den Bürgerentscheid umsetzen und die Grünfläche sichern – endgültig.



Nadia Rouhani
Bezirksverordnete

und



Martina Kelz
Gärtnerin aus Oeynhausen

Mehr Aufgaben – weniger Personal

Verwaltung in Not

In den Berliner Bezirken geht das Wort „Verwaltungsnotstand“ um. In den Ämtern fehlt es überall an Personal: Bearbeitungszeiten von Wohnung-, Elterngeld- und BAFöG-Anträgen bringen Betroffene an den Rand ihrer materiellen Existenz. Sprechzeiten werden gestrichen, das Zweckentfremdungsverbot bei Ferienwohnungen bleibt ohne zusätzliches Personal wirkungslos. Und wer beim Bürgeramt einen neuen Ausweis beantragt oder ein Führungszeugnis benötigt oder gar seiner Meldepflicht nachkommen will, muss sich auf wochenlange Wartezeiten einstellen.

Erstauswändig, wie ruhig die BürgerInnen diese offenkundige Missachtung ihrer Interessen bislang hinnehmen. Und den knapp gehaltenen Bezirken werden vom Land Berlin weiter zusätzliche Verwaltungsaufgaben übertragen - ohne eine Aufstockung des erforderlichen Personals. Immer mehr MitarbeiterInnen sind überlastet und werden krank. Hier muss das Land endlich seiner Fürsorgepflicht für seine MitarbeiterInnen nachkommen, die mit großem Engagement die Sparpolitik, die auf ihrem Rücken ausgeht, tragen müssen. Viele werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Nicht nur

der derzeitige Mangel wird dann zum Problem sondern ein Generationenwechsel, der zu Scheitern droht: BewerberInnen sind rar und die Besetzungsverfahren dauern viel zu lange.

Die Senatskoalition spricht viel von der „wachsenden Stadt“ - ignoriert aber, dass damit auch „wachsende Aufgaben“ verbunden sind. Der Senat muss endlich seine absurden Personalabbau-Pläne aufgeben und ein Konzept zur Personalentwicklung vorlegen. Die Bezirke müssen ihrerseits die Interessen der BürgerInnen gemeinsam und nachdrücklich vertreten. „Hilferufe“ an den Senat und Rangeleien um einzelne zusätzliche Stellen reichen nicht. Schnelles Umsteuern ist erforderlich, sonst fährt die Berliner Verwaltung absehbar vor die Wand.



Christoph Wapler
BVV-Fraktion,
Fraktionsvorsitzender



Foto: A.Savin

Unsere Stadtteilgruppen

Welch eine Freude, als im März Hunderte Blumen auf dem Birger-Forell-Platz erblühten. Von uns gepflanzt! Wir engagieren uns auch für Baumpflanzungen, für Grüne Vielfalt im Stadtbild (Obstbäume ins Stadtbild!), einige von uns als KleingärtnerInnen für den Erhalt ihrer „grünen Lunge“.

Wir unterstützen die Wiedernutzung des Schoelerschlösschens, für eine „Wilmersdorfer Kulturmitte“ rund um Wilhemsau und Auenkirche! Der Heidelberger Platz muss wieder Schmuckplatz werden! Bezirk, AnwohnerInnen und ansässige Betriebe wollen wir dabei unterstützen.

Die Breitenbachplatz-Brücke muss weg! Mehr Grüne Stadt! heißt für uns: Behutsam verdichten, Bauen und Grünerhalt geschickt ausbalancieren, mit neuem Mobilitätsmix wahrhaft Freiraum schaffen für eine lebenswerte Grüne Stadt.

Matthias Reich, Leiter Momo

Treffen jeden zweiten Sonntag im Monat, 12 Uhr an wechselnden Orten. matthias.reich@gruene-cw.de

Die Stadtteilgruppe City-West ist ein informeller Raum für Grüne Politik jenseits der Formalien offizieller Parteigremien. Wir bieten Raum und Austauschmöglichkeit für alle mitgebrachten Themen. Unsere Diskussionen sind gespeist von den alltäglichen Erfahrungen im Bezirk oder von der aktuellen politischen Lage in der Welt. Auch scheuen wir uns nicht vor den großen Fragen des Lebens, was eine persönliche Verbindung untereinander schafft und einen unmittelbaren Zugang zu den politischen Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Bei Wein und Baguettes schmieden wir gemeinsam

Pläne, entwickeln konkrete Utopien und suchen nachhaltige Wege der Umsetzung.

Grüne Mitglieder und SympathisantInnen treffen sich jeweils am 4. Donnerstag jeden Monats im Stadteilladen in der Wilmersdorfer Straße 60/61 ab 19:00 Uhr. Organisiert wird die Gruppe von Sibylle Centgraf und Christoph Wapler, Fraktionsvorsitzender der Grünen in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf.

Du bist herzlich willkommen!
Sibylle Centgraf